

**Auszug aus der VhU-Programmatik zu „Haushalt, Steuern, Währung“
vom 25. Oktober 2015**

Unabhängige EZB muss Geldwertstabilität sichern.

Die Schaffung eines politisch geeinten Europas mit der Errichtung eines europäischen Binnenmarktes ist eine politische und wirtschaftliche Errungenschaft, die den Bürgern und den Unternehmen in der EU viele Vorteile gebracht hat. Die hessische Wirtschaft hat ein großes Interesse am Erhalt und an der Stabilität der Gemeinschaftswährung Euro sowie an der Weiterentwicklung der EU.

Die meisten Euro-Staaten haben nach Einführung des Euro wiederholt gegen Vorschriften des Regelwerks der Gemeinschaftswährung verstoßen, indem sie unermaige Staatsdefizite zuließen und so ihre Schuldenberge erhöhten. Die europäische Staatsschuldenkrise ist vor allem Folge dieser Verstöße. Das Vertrauen in die Währung ist eines der höchsten Güter unserer Demokratie und unserer Sozialen Marktwirtschaft. Die Geldpolitik muss alles daran setzen, das Vertrauen der Bürger in den Euro zu stärken. In den vergangenen Jahren sind Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Europäischen Zentralbank als politisch unabhängiger Notenbank mit dem Primärziel der Geldwertstabilität gewachsen. Denn die EZB bzw. das Eurosystem leistet über das TARGET2-Zahlungsverkehrssystem, über den Kauf von Staatsanleihen und über geringere Anforderungen an Sicherheiten den Großteil der Hilfsmaßnahmen für einzelne Euro-Staaten. Allein die Bundesbank hat TARGET2-Forderungen in Höhe von 562,8 Mrd. Euro (Stand 31.10.2015).

Bislang haben die EZB-Krisenmanahmen nicht zu einem Anstieg der Inflation geführt. Falls die EZB die zusätzlich geschaffene Liquidität künftig nicht weiter durch Gegengeschäfte kompensiert, könnte sich die Ausweitung der Geldmenge beschleunigen und es bestünde die Gefahr einer steigenden Inflationsrate. Dies gilt es weiterhin zu verhindern.

Allerdings trägt das Eurosystem bereits jetzt durch seine Krisenmanahmen dazu bei, Risiken zwischen den Steuerzahlern des Euro-Raums umzuverteilen. Dies ist kritisch zu bewerten, denn Umverteilungspolitik sollte grundsätzlich nur dazu demokratisch legitimierten Parlamenten und Regierungen obliegen – nicht aber politisch unabhängigen Notenbanken.

Die EZB darf nicht genötigt werden, Fehler der Fiskal- und Wirtschaftspolitik einzelner Euro-Staaten weiterhin auszugleichen und Inflationsgefahren einzugehen. Die Rolle der EZB und der einzelnen Notenbanken als unabhängige und klar fokussierte Garanten für Geldwertstabilität muss bewahrt und verteidigt werden.

Der unbegrenzte Ankauf von Staatsanleihen aus hochverschuldeter Euro-Staaten durch das Eurosystem wird von der Bundesbank zu Recht abgelehnt. Denn es besteht die Sorge, dass das Eurosystem immer weiter in den Aufgabenbereich der Finanzpolitik hineingezogen wird. Dafür ist es demokratisch nicht legitimiert. Außerdem wird Handlungsdruck von den Regierungen genommen. Die EZB sollte zu ihren Standards vor der Finanzkrise zurückkehren und nur Anleihen mit guter Bonität als Sicherheit für Refinanzierungsgeschäfte akzeptieren.

Die hessische Wirtschaft spricht sich gegen eine Ausweitung der Zielbestimmung der EZB aus und fordert, am Vorbild der Bundesbank festzuhalten, um die innere und äußere Stabilität der Gemeinschaftswährung zu garantieren.